

response. Hansaallee 150 · 60320 Frankfurt am Main

Pressemitteilung
Frankfurt, 6. Januar 2020

"Hessen schaut hin"

Beratungsstelle response Hessen startet landesweite zivilgesellschaftliche Meldestelle für Vorfälle rechter und rassistischer Gewalt

Ob Beleidigung, Ausgrenzung oder körperliche Gewalt: rechte und rassistische Vorfälle können in Hessen ab sofort unkompliziert online gemeldet werden. Mit nur wenigen Klicks können Betroffene und Zeug*innen rechter und rassistischer Vorfälle diese jetzt bei der neuen landesweiten Meldestelle „Hessen schaut hin“ melden. Ein kurzer Animationsfilm, der von heute an online und in Kooperation mit der Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) auf Monitoren in U-Bahnen und Nahverkehrsstationen gezeigt wird, soll das Angebot bekannt machen.

„Rassistische Anfeindungen und Übergriffe sind kein Problem Einzelner, sondern für viele Hessinnen und Hessen Alltag. Nur ein Bruchteil dieser Vorfälle wird öffentlich bekannt oder fließt in die polizeiliche Kriminalstatistik ein. Dem wollen wir etwas entgegensetzen und mit der Meldestelle dazu beitragen, das ganze Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt in Hessen sichtbar zu machen“, erläutert Olivia Sarma, Leiterin der in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelten Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

„Hessen schaut hin“ ist eine zivilgesellschaftliche Meldestelle und ersetzt keinesfalls die strafrechtliche Verfolgung durch die Behörden: „Wir raten in jedem Fall dazu, bei Straftaten die Polizei zu informieren und die Straftat zur Anzeige zu bringen und unterstützen dabei auch bei Bedarf. Dennoch haben wir in den vergangenen Jahren den großen Bedarf nach einer zentralen Dokumentation rechter und rassistischer Vorfälle gesehen, die vor allem die Perspektive und das Erleben der Betroffenen ins Zentrum stellt“, so Sarma weiter.

Bereits seit 2017 konnten Betroffene Vorfälle über ein Online-Formular auf der Website von response melden. „Mit einer eigenen Website, einem Erklärfilm und einem professionalisierten Meldekonzept, wollen wir nun so viele Betroffene wie möglich niedrigschwellig erreichen – vor allem in ländlichen Regionen Hessens“, ergänzt die response-Leiterin.

Besonders drastische Gewalttaten wie der Mord an Kassels Regierungspräsident Walter Lübcke oder die rassistisch motivierten Schüsse auf einen Eritreer in Wächtersbach im Sommer 2019 stellten nur die Spitze des Eisbergs rassistischer und rechter Gewalttaten in Hessen dar. „In unserer Beratungsarbeit nehmen wir wahr, dass die Vorfälle in Hessen in den vergangenen Jahren immer gewaltvoller geworden sind. Betroffene erleben alltägliche Beleidigungen, Anfeindungen, Bedrohungen, verbale und körperliche Angriffe und psychische Gewalt. Insbesondere dann, wenn diese Erfahrungen angezweifelt oder bagatellisiert

Büro Frankfurt

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

069 / 56 000 241
kontakt@response-hessen.de

Büro Kassel

Kleine Rosenstraße 3
34117 Kassel

0561 / 72989700
kassel@response-hessen.de

response-hessen.de

und Rassismuserfahrungen abgesprochen werden, kann das Sicherheitsgefühl dieser Menschen stark ins Wanken geraten.“

Alleine im Jahr 2019 bearbeitete response 134 Beratungsanfragen von Menschen, die rechte, rassistische oder antisemitische Gewalt in Hessen erlebt haben – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 30 Prozent. „Wir gehen aber davon aus, dass das tatsächliche Ausmaß noch deutlich höher ist. Das wissen wir aus unserer Beratungsarbeit, in der Betroffene oft von einer ganzen Biografie voll von Rassismuserfahrungen sprechen“, betont Olivia Sarma. Anhaltspunkte dafür liefert auch eine 2019 erschienene Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamtes¹, die herausfand, dass 3,5 Personen pro 1000 Befragten angaben, mindestens einmal Opfer einer rassistisch motivierten Körperverletzung aufgrund der Hautfarbe innerhalb eines Jahres geworden zu sein. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl von rund sechs Millionen Hessinnen und Hessen, käme man auf jährlich 21000 potenzielle Opfer einer rassistischen Körperverletzung – andere Diskriminierungsmerkmale wie die Herkunft oder Religionszugehörigkeit noch nicht einbezogen.

Die neue Meldestelle „Hessen schaut hin“ soll helfen, dieses Dunkelfeld zu erhellen. In einem nun auch mehrsprachig verfügbaren Meldeformular auf www.hessenschauthin.de können Betroffene oder Zeug*innen Details zur Art des Vorfalls, Zeit und Ort, beteiligten Personen und Folgen angeben. Vorfälle zu melden ist kostenlos und auch anonym möglich. Das Meldeformular wurde in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen erstellt und erprobt, um so die Erfahrungen und Bedürfnisse betroffener Personen einzubeziehen. Das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Institutionen hilft zudem, Betroffene auf das Angebot der Meldestelle hinzuweisen.

Entwickelt wurde die Meldestelle entlang der Standards des Europäischen Monitoringprojekts „Facing Facts“ und in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.), welcher seit einigen Jahren bereits Vorfälle in den ostdeutschen Bundesländern nach festgelegten, international vergleichbaren Indikatoren zählt und dokumentiert.²

Response - ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

Die Beratungsstelle response arbeitet mittlerweile im fünften Jahr daran, Betroffene in ganz Hessen mit einem niedrigschwelligen Beratungsangebot zu erreichen. Das neue Meldeportal „Hessen schaut hin“ soll nicht zuletzt auch dazu beitragen, Betroffene, gerade auch aus dem ländlichen Raum Hessens, über die Möglichkeit dieses Beratungsangebots zu informieren, damit sich künftig noch mehr Menschen im Bedarfsfall vertrauensvoll an

¹ https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/ViktimisierungssurveyDunkelfeldforschung/viktimisierungssurveyDunkelfeldforschung_node.html

² Zur Zählweise des VBRG: <https://www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/04/Z%C3%A4hlweise-und-Datenbasis-des-VBRG-Monitorings-22.02.2018.pdf>

response wenden können. response. wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

Die Verantwortung für die Inhalte dieser Pressemitteilung liegt ausschließlich bei response.

Pressekontakt, Film- und Bildmaterial

Marie-Sophie Adeoso, Leitung Kommunikation, Bildungsstätte Anne Frank
madeoso@bs-anne-frank.de, 069 - 56 000 232

hessenschauthin.de